Gibt es Enthaltungen? – Beides ist nicht der Fall. Damit ist der Gesetzentwurf an die entsprechenden Ausschüsse überwiesen worden.

Ich rufe auf:

16 Gesetz zur Ausführung des Gesetzes über die psychosoziale Prozessbegleitung im Strafverfahren (AGPsychPbG)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/12365

erste Lesung

Hier gibt nun Herr Minister Kutschaty für die Landesregierung die Einbringungsrede zu Protokoll. (*siehe Anlage 3*)

(Beifall von allen Fraktionen)

Wir kommen zur Abstimmung über die **Überweisung** des **Gesetzentwurfs Drucksache 16/12365** an den **Rechtsausschuss**. Möchte jemand sich enthalten oder nicht überweisen? – Beides ist nicht der Fall.

Ich rufe auf:

17 Gesetz zur Stärkung des Kreistags

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/12362

erste Lesung

Alle fünf im Landtag vertretenen Fraktionen haben sich zwischenzeitlich darauf verständigt, die Reden zu Protokoll zu geben. Ich vermute, dass die Landesregierung das dann auch tut. – Das ist so. (*siehe Anlage 4*)

Damit kommen wir zur Abstimmung über die **Überweisung** des **Gesetzentwurfs Drucksache 16/12362** an den **Ausschuss für Kommunalpolitik** – er bekommt die Federführung – und an den **Haushalts- und Finanzausschuss** sowie den **Innenausschuss**. Möchte jemand den Gesetzentwurf nicht überweisen oder sich enthalten? – Beides ist nicht der Fall.

Jetzt kommen wir zu:

18 Wahl der Mitglieder des WDR-Rundfunkrats gemäß § 15 Abs. 4 WDR-Gesetz

Unterrichtung
durch die Präsidentin des Landtags
Drucksache 16/12377

Liebe Kolleginnen und Kollegen, hierzu muss ich Ihnen eine ganze Menge Text vortragen.

(Zuruf: Zu Protokoll!)

– Nein, es ist nicht möglich, das zu Protokoll zu geben. Deshalb habe ich eben auch so viel Gas gegeben.

Gemäß § 15 Abs. 1 des WDR-Gesetzes besteht der Rundfunkrat aus 60 Mitgliedern. Sieben dieser Mitglieder werden gemäß § 15 Abs. 4 des WDR-Gesetzes durch gesellschaftlich relevante Gruppen entsandt.

Hierfür konnten sich Verbände und sonstige nicht öffentlich-rechtliche Organisationen beim Landtag für die kommende Amtszeit des Rundfunkrates bewerben. Die gemeinsame Bewerbung mehrerer Verbände oder Organisationen ist zulässig. Der Landtag beschließt mit Zweidrittelmehrheit, welchen der gesetzlich relevanten Gruppen für die neue Amtsperiode des Rundfunkrats ein Sitz zusteht.

Mit Abschluss des Bewerbungsverfahrens sind im Landtag insgesamt 27 Bewerbungen eingegangen. Die Bewerberinnen und Bewerber sind aus der Unterrichtung Drucksache 16/12377 ersichtlich.

Die Liste der Bewerbungen nebst allen Unterlagen ist nach Ablauf der Bewerbungsfrist jeder Fraktion sowie dem fraktionslosen Abgeordneten Schwerd zur Verfügung gestellt worden.

Dieses Verfahren war zuvor zwischen den Fraktionen einvernehmlich so verabredet worden.

Wie gerade ausgeführt, beschließt der Landtag gemäß § 15 Abs. 4 Satz 5 des WDR-Gesetzes mit Zweidrittelmehrheit, welche der Bewerber für die neue Amtsperiode einen Sitz im Rundfunkrat erhalten.

Zu den hierfür erforderlichen Abstimmungen möchte ich vorab ergänzende Hinweise geben:

Erstens. Die gesetzlich vorgegebene Zweidrittelmehrheit ist nach meiner Auffassung als Zweidrittelmehrheit der abgegebenen Stimmen zu werten. Denn eine höhere Anforderung – zwei Drittel der gesetzlichen Anzahl der Mitglieder des Landtages – kommt nur bei ausdrücklicher Anordnung in der Rechtsgrundlage in Betracht. Daran fehlt es allerdings vorliegend.

Zweitens. Das Wahlverfahren ist ansonsten gesetzlich nicht geregelt. Die Abstimmung über die zu entsendenden Gruppen kann durch das übliche Verfahren des Handaufhebens gemäß § 43 Abs. 1 unserer Geschäftsordnung durchgeführt werden. Dabei stehen alle Bewerber zur Abstimmung.

Drittens. Der Abstimmungsvorgang selbst soll so ablaufen, dass die Gruppen einzeln aufgerufen und zur Abstimmung gestellt werden. Da lediglich sieben

Anlage 4

Zu TOP 17 – „Gesetz zur Stärkung des Kreistags“ – zu Protokoll gegebene Reden

Christian Dahm (SPD):

Die in der Kreisordnung für das Land Nordrhein-Westfalen geregelten Einflussmöglichkeiten der Kreistagsmitglieder auf die Geschäfte der Kreisverwaltung sowie die Organisation und das Führungspersonal der Kreisverwaltung bleiben hinter den Möglichkeiten der Ratsmitglieder nach der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen zurück.

Beispielsweise führt die Landrätin bzw. der Landrat die Geschäfte der laufenden Verwaltung in eigener, nicht vom Kreistag abgeleiteter Zuständigkeit – § 42 Buchstabe a KrO NRW.

Anders als nach der Gemeindeordnung kann sich der Kreistag die Entscheidung auch nicht im Einzelfall vorbehalten.

Ebenso wenig kann der Kreistag – mit Ausnahme der Wahl einer Kreisdirektorin bzw. eines Kreisdirektors als allgemeine Vertretung der Landrätin bzw. des Landrats – auf das Führungspersonal und die Organisation der Kreisverwaltung in gleicher Weise wie der Rat einer Gemeinde durch die Wahl und Bestellung von Beigeordneten und die Festlegung der Geschäftskreise der Beigeordneten Einfluss nehmen.

Mit dem Gesetzentwurf zur Stärkung des Kreistags sollen deshalb die Gestaltungs- und Einflussmöglichkeiten des Kreistags denen der Räte in den Gemeinden angeglichen und die gegenwärtig unterschiedlichen Regelungen in der Kreisordnung und der Gemeindeordnung über die Zuständigkeiten und Kompetenzen der verschiedenen Organe im Sinne einer Angleichung an die Vorschriften der Gemeindeordnung in wichtigen Teilen harmonisiert werden.

Künftig soll der unmittelbar demokratisch legitimierte Kreistag – wie es auch der Gemeindeordnung entspricht – grundsätzlich für alle Angelegenheiten der Kreisverwaltung zuständig sein, soweit die Kreisordnung nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt.

Dies gilt insbesondere auch für die Geschäfte der laufenden Verwaltung, die künftig lediglich als auf die Landrätin bzw. den Landrat übertragen gelten und deren Entscheidung sich der Kreistag jederzeit vorbehalten kann.

Mit Blick auf diese – eingeschränkte – Allzuständigkeit des Kreistags ist künftig die besondere Funktion des Kreis Ausschusses verzichtbar.

An seiner Stelle wird für den Kreistag – wie in der Gemeindeordnung – die Bildung eines Hauptausschusses verpflichtend. Dieser übernimmt künftig die Aufgabe, die Arbeit aller Ausschüsse aufeinander abzustimmen sowie Dringlichkeitsentscheidungen zu treffen.

Schließlich wird dem Kreistag die Möglichkeit eingeräumt, nach dem Vorbild der Gemeindeordnung Beigeordnete als kommunale Wahlbeamte zu wählen und deren Geschäftskreise im Einvernehmen mit der Landrätin bzw. dem Landrat festzulegen.

Die bisherige Funktion der Kreisdirektorin bzw. des Kreisdirektors als allgemeine Vertretung der Landrätin bzw. des Landrats übernimmt eine hierzu vom Kreistag bestellte Beigeordnete bzw. ein hierzu vom Kreistag bestellter Beigeordneter.

Zusammengefasst sieht der Gesetzentwurf folgende Änderungen der Kreisordnung vor:

- Einführung der – eingeschränkten – Allzuständigkeit des Kreistags sowie eines Rückholrechts bei Geschäften der laufenden Verwaltung, die als auf die Landrätin bzw. den Landrat übertragen gelten;*
- Abschaffung des Kreis Ausschusses;*
- verpflichtende Bildung eines Hauptausschusses;*
- Option zur Wahl von Beigeordneten.*

Zu betonen ist: Die Gesetzesänderung stärkt die Gestaltungs- und Einflussmöglichkeiten der Kreistage und wertet das ehrenamtliche Engagement der in den Vertretungskörperschaften tätigen Mandatsträgerinnen und Mandatsträger auf.

Hiermit wird die kommunale Selbstverwaltung in den Kreisen insgesamt gestärkt.

Der Gesetzentwurf greift damit die im Koalitionsvertrag getroffene Abrede von SPD und Bündnis 90/Die Grünen auf, künftig auch bei den Kreisen die Wahl von Beigeordneten zu ermöglichen.

Der Gesetzentwurf führt die damit verbundene Zielsetzung einer Stärkung der Einflussmöglichkeiten des Kreistags auf das Führungspersonal und die Organisation der Kreisverwaltung durch eine weitgehende Angleichung an die Gemeindeordnung konsequent zu Ende.

Zielsetzung ist es, dass dieses Gesetz zum Wahljahr 2020 in Kraft tritt.

Insofern empfehle ich dem Landtag heute: Überweisung an den Ausschuss für Kommunalpolitik – federführend –, an den Haushalts- und Finanzausschuss sowie an den Innenausschuss.

André Kuper (CDU):

Mit diesem Entwurf bringen Sie ein in der kommunalen Familie höchst umstrittenes Gesetz auf den Weg. Es geht im Kern um

- a) *die optionale Einführung einer Beigeordnetenverfassung auf Kreisebene und*
- b) *die Allzuständigkeit nebst Rückholrechten des Kreistages.*

Die mit Punkt a) verfolgte Option zur Einführung einer Beigeordnetenverfassung haben wir bereits im Umfeld der Rats-Ehrenamtskommission diskutiert, allerdings auch dort mit teilweise unterschiedlichen Meinungen.

Überzeugende Argumente, die einen entsprechenden Bedarf nahelegen und eine solche gesetzliche Regelung tragen würden, sind bislang weder aus dem politischen Raum noch aus der Wissenschaft vorgebracht worden. Für ein Pro spricht allein, dass es eine zusätzliche Option, also eine Möglichkeit und kein Zwang, ist.

Gleichwohl überrascht es nicht, dass alle nordrhein-westfälischen Landräte die Einführung einer Beigeordnetenverfassung auf Kreisebene ablehnen. Damit sind sie nicht allein. Auch der Landkreistag und der Städte- und Gemeindebund, also die kommunalen Spitzenverbände, haben bereits Bedenken angemeldet.

Es bleibt die Frage: Wie sehen es die kommunalen Vereinigungen der Parteien? Es ist interessant, dass auch da weitgehend Ablehnung vorherrscht. Übrigens lehnt auch die SGK NRW, also SPD-Kommunalvereinigung, die sogenannte Beigeordnetenverfassung ab.

Sehr viel kontroverser ist jedoch der grundsätzliche Paradigmenwechsel und damit Punkt b) mit der neuen Allzuständigkeitsregelung nebst Rückholrecht für den Kreistag zu sehen. Zusätzlich sollen die Reihenfolge der Vertretung bei Verhinderung von Landrat und allgemeinem Vertreter sowie die Festlegung der Geschäftskreise der Beigeordneten durch Kreistage regelbar sein. Das kann in Kombination der Möglichkeiten bis zu einer faktischen Handlungsunfähigkeit der Landräte getrieben werden. Ob das gewollt ist?

Diese Regelung wird innerhalb der Politik sicherlich in Abhängigkeit der vor Ort bestehenden Mehrheitsverhältnisse positiv oder negativ gesehen. Dort, wo die politischen Farben des Landrats und der Kreistagsmehrheit einheitlich sind, wird diese einschränkende Neuregelung sicherlich abgelehnt. Da, wo Landratsfarbe und Kreistagsmehrheit unterschiedlich sind, wird eine Neigung bestehen, mit dieser neuen Regelung den amtierenden Landrat bzw. die amtierende Landrätin in

seinen bzw. ihren Handlungsmöglichkeiten einzuschränken.

Egal, wie man über diese Änderungsabsicht denkt: Damit wird in die bisherige Aufgaben- und Zuständigkeitsabgrenzung zwischen Landräten und Kreistagen eingegriffen und im Ergebnis eine starke Politisierung der Kreisaufgaben verbunden sein.

Das mag gewollt sein. Aber es ist kritisch zu hinterfragen, ob das Ergebnis in der Praxis letztlich für unsere Bürgerinnen und Bürger und das Wohl unseres Landes von Vorteil ist. Ich persönlich bezweifle das.

Da hilft auch kein Verweis auf eine bereits bestehende Regelung in der Gemeindeordnung. Kreise und Gemeinden sind völlig unterschiedliche Ebenen mit sehr unterschiedlichen Aufgaben, sodass eine größtmögliche Harmonisierung der Strukturen nicht erforderlich und zum Teil sogar unsinnig ist. Bei den Zuständigkeiten der Kreise handelt es sich überwiegend um staatliche Aufgaben oder Pflichtaufgaben, deren Aufgabenwahrnehmung kaum oder gar keine Entscheidungsspielräume für den Kreistag ermöglicht.

Wenn künftig Kreistage beispielsweise einzelne Angelegenheiten im Bereich des Ausländerrechts, des Verbraucherschutzrechts oder des Immissionsschutzrechts an sich ziehen könnten, würde das sachgerechte, auf Recht und Gesetz beruhende Entscheidungen nachhaltig erschweren. Zumindest würden die Verwaltungsverfahren verzögert und spürbar verlangsamt. Das heißt, dass wir stundenlange politische Debatten bekommen würden, was es dem Ehrenamt im Kreistag nicht einfacher macht und zumindest im Ergebnis die Entscheidungswege verlangsamt.

Im Ergebnis soll also ein jahrzehntelang bewährtes Modell auf Kreisebene verändert werden – ohne überzeugende Argumente, die einen entsprechenden Bedarf nahelegen und eine solche gesetzliche Neuregelung erforderlich machen würden. Wir wissen, was wir Gutes haben. Das setzen wir mit dieser Neuregelung im Punkt b), also mit der Allzuständigkeit des Kreistages, aufs Spiel.

Letztlich ist dieser Gesetzentwurf eine Rückabwicklung der durch die Direktwahl der Hauptverwaltungsbeamten gestärkten Stellung der Landräte.

Fazit der CDU:

- *SPD und Grüne sollten auf dieses Gesetz, zumindest aber auf die Regelungen außerhalb der freiwilligen Beigeordnetenoption, verzichten.*

- SGK NRW, StGB NRW und LKT NRW sprechen sich ebenfalls gegen eine Beigeordnetenverfassung aus.
- Es besteht keine Notwendigkeit, einen über die bloße Option der Bestellung von Kreisbeigeordneten weit hinausreichenden Eingriff in die innere Kreisverfassung vorzunehmen.
- Weiter reichende Regelungen in Anlehnung an die Gemeindeordnung sind angesichts der Spezifika der Kreise weder rechtlich noch politisch geboten, sondern würden einen entscheidenden Erfolgs- und Standortfaktor, der die nordrhein-westfälischen Kreise auszeichnet, infrage stellen.
- Ein Eingriff ohne Not in die Aufgaben und Zuständigkeiten von Landräten und Kreistagen gefährdet die Funktion und die Arbeit der Kreise.
- Dieses Gesetz schwächt die Kreise!

Der verfahrensmäßigen Überweisung stimmen wir zu.

Mario Krüger (GRÜNE):

Mit dem Gesetzentwurf zur Stärkung des Kreistages setzen wir nun eine bereits im Koalitionsvertrag vereinbarte optionale Einführung von Kreisbeigeordneten um.

Anders als in den Städten und Gemeinden in NRW werden bisher die Dezernate in den Kreisverwaltungen nicht von vom Kreistag zu wählenden Beigeordneten besetzt, sondern von Laufbahnbeamten. Dies wollen wir ändern.

Mit dieser Einführung stärken wir die Rechte der Kreistage gegenüber den Landrätinnen und Landräten massiv und werten das ehrenamtliche Engagement der Kreistagsmitglieder auf.

Durch die Schaffung einer Beigeordnetenverfassung werden aber auch einige weitere Änderungen in der Kreisordnung notwendig.

So erhalten die Kreistage zukünftig Allzuständigkeits- sowie Rückholrechte für bereits delegierte Aufgaben.

Durch die Einräumung eines eingeschränkten Allzuständigkeitsrechts wird der Widerspruch, einerseits den Kreistagen die Wahl von Beigeordneten zu ermöglichen, deren Geschäftskreise sich aber andererseits auf Bereiche des Kreises beziehen, auf die der Kreistag keinen Zugriff hat, verhindert.

Hiervon ausgenommen sind die hoheitlichen Aufgaben der Kommunal-, Polizei- und Schulaufsicht, die auch weiterhin den Landrätinnen und Landräten direkt zugeordnet sind.

Die Einführung der Allzuständigkeit macht auch die Abschaffung des Kreisausschusses notwendig. Dieser wird durch einen Hauptausschuss ersetzt.

Durch die genannten Änderungen der Kreisordnung harmonisieren wir diese diesbezüglich mit den Regelungen in der Gemeindeordnung.

Diese Reform tritt erst mit Beginn der neuen Kommunalwahlperiode im Jahr 2020 in Kraft. Damit geben wir den Kreisen ein hohes Maß an Planungssicherheit und ermöglichen einen sanften Übergang. Außerdem wird dadurch auch dem Vertrauensschutz für die momentan amtierenden Landrätinnen und Landräte Rechnung getragen.

Henning Höne (FDP):

Der vorgelegte Gesetzesentwurf der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen würde bei entsprechender Verabschiedung durch das Parlament zu einer Angleichung der Arbeit der Kreistage an die Arbeit der Gemeinde- und Stadträte in Nordrhein-Westfalen führen. Der Kreistag würde durch das Rückholrecht und die eingeschränkte Allzuständigkeit deutlich politischer. So bekäme der Kreistag durch die optionale Wahl von Beigeordneten Einfluss auf das Spitzenpersonal einer Kreisverwaltung.

Grundsätzlich gut an dem Vorschlag ist, dass die Kreistage eigenständig abwägen und selbstständig prüfen könnten, ob sie von dem ihnen dann zustehenden Recht Gebrauch machen oder nicht. Kreistage, die politischer arbeiten, müssen nicht grundsätzlich schlecht sein. Es ist aber auch nicht grundsätzlich gut. Auf die Details kommt es an.

Es darf nicht außer Acht gelassen werden, dass sich die beiden Kommunalvertretungen in ihren Aufgabenstellungen wesentlich unterscheiden. So erledigen die Kreise – anders als kreisangehörige Städte und Gemeinden – zum Beispiel Pflichtaufgaben zur Erfüllung nach Weisung. Diese Sonderstellung verlangt und begründet auch eine weiterhin differenzierte Betrachtung.

Die bisher starke Stellung des Landrates würde geschwächt. Der Landrat muss jedoch schon heute die Interessen aller kreisangehörigen Städte berücksichtigen und sorgfältig mit der Fachverwaltung abwägen. Schlussendlich ist er demokratisch legitimiert. Er muss vor den Bürgern Rechenschaft ablegen und wird durch Wiederwahl bzw. Abwahl von den Bürgern entsprechend sanktioniert.

Bemerkenswert ist, dass der Landkreistag schon vorab seine unmissverständlich ablehnende Haltung gegenüber diesem Gesetzentwurf vorgetragen hat. Hier gilt es im weiteren Verfahren mit dem Spitzenverband und betroffenen Fachexperten

alle Fragen zu erörtern, um zu klären, inwiefern dieser Gesetzesentwurf wirklich zu einer Verbesserung der Arbeit der Kreisverwaltungen führt. Das muss das oberste Ziel sein.

Die FDP-Fraktion freut sich auf die anstehenden Beratungen im Ausschuss. Wir werden uns mit den liberalen Kommunalpolitikern vor Ort beraten, bevor wir zu einer abschließenden Bewertung dieser Initiative kommen.

Torsten Sommer (PIRATEN):

Bei der Bezeichnung von Gesetzesentwürfen weist die Landesregierung immer stärker eine kaum zu übertreffende Meisterschaft in der Verschleierung der tatsächlichen Inhalte auf. Wie bereits bei dem Kommunalvertretungsstärkungsgesetz, das die Mitwirkung kleinerer Parteien verhindern soll und die repräsentative Abbildung des Wählerwillens behindert, verbergen sich hinter der angeblichen Stärkung des Kreistags eine deutliche Beschneidung der Mitwirkungsrechte sowie mögliche Mehrausgaben in Millionenhöhe, die aber nicht vom Land NRW, sondern den kreisangehörigen Städten und Gemeinden zu tragen sein werden – und dies, ohne dass es eine schlüssige Begründung dafür gäbe, warum eine Anpassung der KrO NRW an die GO NRW notwendig oder sachlich geboten sein soll.

Schon historisch haben Gemeinde- und Kreisordnung wenig gemein; denn während Kommunen nach § 1 GO NRW aus der auch in Art. 28 Grundgesetz verankerten kommunalen Selbstverwaltung sowie der demokratischen Grundordnung eine Allzuständigkeit für kommunale Belange ableiten können, ist der Kreistag geprägt von der Ausführung von Kommunen übertragenen Pflichtaufgaben, welche diese Art und Umfang nach nicht selber ausführen könnten, was sich aus § 2 KrO NRW ergibt.

Ein Rückholrecht setzt dem Wortsinn nach eine gegebene Zuständigkeit voraus, die jedoch anhand der aktuellen Gesetzeslage nicht gegeben ist und auch durch den hier vorgelegten Gesetzesentwurf nicht konstituiert wird. Da einem Landrat die von ihm ausgeführten Aufgaben nicht vom Kreistag, sondern qua Gesetz übertragen sind, ist auch eine Rückholung durch den Kreistag generell nicht möglich.

Grundsätzlich täuscht die gewählte Formulierung zudem ein Selbstverwaltungsrecht des Kreistags vor, das de facto auch bei Formulierung eines Rückholrechts nicht gegeben ist. Dies hängt eng mit der weit überwiegenden Übernahme pflichtiger staatlicher Aufgaben durch den Kreis zusammen sowie mit dem Amt eines Landrats, der Aufgaben der laufenden Verwaltung eben nicht deshalb ausführt, weil sie vom Kreistag übertragen worden

wären, sondern weil er als untere Landesbehörde mit der Umsetzung der gesetzlichen Pflichtaufgaben betraut ist.

Die Vergleichbarkeit zu § 41 Abs. 3 GO NRW, wonach Aufgaben der laufenden Verwaltung als an den Bürgermeister übertragen gelten, solange der Rat nicht von seinem Rückholrecht Gebrauch macht, ist daher hier nicht gegeben.

Im allgemeinen Teil der dem Gesetzesentwurf beigefügten Begründung der geplanten Änderungen ist nur allgemein von der Stärkung der Rechte und Gestaltungsmöglichkeiten des Kreistags und der ehrenamtlichen Mitglieder die Rede. Das liest sich so, als seien dem Verfasser § 2 Abs. 1 und 2 KrO NRW nicht bekannt gewesen, wonach die Kreise der Wahrnehmung überörtlicher Angelegenheiten dienen und ferner Aufgaben wahrnehmen, die ihnen aufgrund gesetzlicher Vorschriften übertragen sind. Der im Entwurf suggerierte Gestaltungsspielraum ist mithin gar nicht vorhanden.

Gerne unterstützen wir die Landesregierung in ihrem Bestreben, Mitgliedern des Kreistags deutlich mehr Einsichtnahme hinsichtlich der Planung und Ausführung von Pflichtaufgaben einzuräumen, halten den hier beschrittenen Weg jedoch weder für zielführend noch für formal korrekt umgesetzt.

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales:

Der Gesetzesentwurf der regierungstragenden Fraktionen greift eine Vereinbarung auf, die im Koalitionsvertrag getroffen wurde.

Er führt die damit verbundene Zielsetzung einer Stärkung der Einflussmöglichkeiten des Kreistags auf das Führungspersonal und die Organisation der Kreisverwaltung durch eine weitgehende Angleichung an die Gemeindeordnung konsequent zu Ende.

Die damit in der Praxis notwendig werdenden Veränderungen der Organisation der Kreisverwaltungen sowie der Verfahrensabläufe entsprechen dieser Zielsetzung.

Die Landesregierung begrüßt dieses Gesetzesvorhaben ausdrücklich.